

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mk., bei Selbstabholung 1.00 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.— Mk., für 1 Monat 2.— Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauscher Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13008.

Inseratenpreise:
Die 7spaltige Petitzeile 50 Pfg. und 40% Feuerungszuschlag — 70 Pfg. Desgl. bei Flugvorchrift 55 Pfg. und 40% Feuerungszuschlag — 77 Pfg. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauscher Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Ein Hilferuf aus Ungarn.

Ein ungarischer Aufruf.

Die kommunistische Partei Ungarns sendet aus Budapest einen Aufruf an die Arbeiter der Entente-Länder, worin es u. a. heißt: Die in Ungarn operierenden Truppen der internationalen Gegenrevolution haben über die ungarische Arbeiterschaft einen großen Sieg errungen. Unter dem Schutze der Entente-Missionen, mit Hilfe der ungarischen Bourgeoisie, besetzen die Rumänen die Hauptstadt Budapest und die bedeutendsten Städte der Provinz. Und damit begann die Schreckensherrschaft der Bourgeoisie: Staatsstreik zugunsten der Rückkehr der Habsburger, Plündern und Morden rumänischer Soldaten, der Raub der letzten im Lande noch auffindbaren Lebensmittelvorräte, Transportverlegungen und Maschinen-einrichtungen. Dies alles als Prolog des weißen Terrors.

Die Protestnote des Obersten Rates hat sich als eine unverkündete Scheitelfest erwiesen. Unter dem Schutze der Entente-Missionen wird die heftigste monarchistische Agitation auch weiter betrieben. Der weiße Terror der Bourgeoisie leidet Ergötzen und übertrifft an Grausamkeit, was bisher über den ungarischen oder russischen roten Terror in die Welt gelangt wurde.

Die gemessenen Funktionäre der Räteregierung, die Soldaten der roten Armee, die Fabrikarbeiter werden zu Zehntausenden eingekerkert, zu Tode gemartert und zur Zwangsarbeit nach Rumänien verschleppt. Die Genferknote der Bourgeoisie, die monarchistische Offiziere, ermorden in Budapest und in der Provinz Tag für Tag ohne Verhör Hunderte von unschuldigen Arbeitern.

Die Schrecken Finnlands und Bayerns erneuern sich. Nach einer oberflächlichen Schöpfung wurden bisher

6000 Arbeiter in Ungarn ermordet

— ganz gleich, ob sie Kommunisten oder Sozialdemokraten gewesen waren. Welche Offiziere ermorden sogar die fortschrittlich denkenden Bürger, wenn sie sich gegen die Monarchie äußern. Kein einziges Blatt darf erscheinen. Es werden lediglich Kerker und monarchistische Demonstrationen gebildet!

Genossen! Sämtliche intelligenten Arbeiter der Fabriken, die bewährtesten Elemente der Bewegung, die jüngeren, revolutionär gesinnten, sowie die Älteren, sozialistische Kultur seit Jahrzehnten verbreitenden Arbeiter werden ohne Erbarmen ausgetötet.

Das Proletariat Ungarns, das nach einem fünfjährigen Kriege und unter unglücklichen Leiden die monarchistische Herrschaft besiegte und im März dieses Jahres sich auch von der Bourgeoisie befreite, sieht jetzt allein und verlassen inmitten der großen Arbeitergemeinschaft der Welt, schuhlos ausgeliefert den nationalen und internationalen Helfern.

In dieser Stunde wenden wir uns fieberhaft an die italienische, französische und englische Industriearbeiterschaft. Wir befragen euch:

Wie lange dauert noch eure herzlose Gleichgültigkeit gegenüber dem heroischen furchterlichen Kampfe der ungarischen Arbeiterschaft? Nicht nur für sich, für die Befreiung des Proletariats der ganzen Welt bluten die Arbeiter Ungarns. Wie lange duldet ihr noch die verbrecherische Tätigkeit eurer Regierungen für die Ausrichtung der schwärzesten Reaktion in Osteuropa, die im Begriffe ist, neue Fesseln zu schmieden für sämtliche Arbeiter der Welt?

Sollten die für die „Freiheit der Völker“ kämpfenden Millionen Italiener und Franzosen darum gestorben sein, damit die Bourgeoisie die Arbeiterschaft einer noch größeren Unterdrückung und vollkommenen Sklaverei unterwerfe?

Genossen! Die Sache der Revolution der ungarischen Arbeiterschaft ist die Sache der Revolution der Welt!

Italienische, englische, französische Arbeiter und Soldaten! Wenn ihr nicht Verräter an euren Klassengefährten sein wollt, wenn ihr keine gemeinsame Sache mit euren freverhaften Regierungen machen wollt: Dann helft uns!

Ein Erfolg der rumänischen Sozialisten.

Wien, 6. September. Infolge der heftigen Proteste der rumänischen Sozialisten gegen die Schreckensherrschaft der walachischen Truppen in Ungarn, hat sich die rumänische Regierung gezwungen gesehen, eine Kommission, die aus Sozialisten zusammengesetzt ist, nach Budapest zu senden, um die Verichte über die rumänischen Verbrechen zu überprüfen. Der Vorsitzende dieser Kommission ist Gaston Boes, der Chefredakteur des rumänischen Parteiblattes Socialisme.

Angeblich gestohlenen Gut.

Triumphierend meldet die kapitalistische Ständepresse: In der Wohnung des früheren österreichischen Volksbeauftragten Samuelson in Budapest wurden drei Kisten beschlagnahmt, in denen sich auf acht bis zehn Millionen geschätzte gestohlene Schatzgegenstände und eine Million Kronen in österreichischen 200-Kronennoten befanden.

(Bekanntlich waren von der Räteregierung die Diamanten und Juwelen beschlagnahmt. Red. V. B.)

Schwärzeste Reaktion.

Verärgert reiben sich die Kerker die Hände. Ihr Weken blüht jetzt im Ungarn der Pogrommorde und Menschenopfern. Das deutsche Oberleitungsorgan, die Kölnische Volkszeitung, läßt sich aus Wien telegraphieren: „In Ungarn macht sich ein riesiges Anwachsen der christlich-sozialen Bewegung bemerkbar. Der Episkopat ist der christlich-sozialen Partei korporativ beigetreten. Ueber die Mitwirkung der Protestanten in der Partei sind Abmachungen im Gange.“ Führer ein edler Bund der Mucker zur Degeneration des Proletariats.

Eine Schmach für die Schweizer Republik!

Stuttgart, 8. September. Die große Clara Zetkin wurde, als sie sich in die Schweiz begeben wollte, um sich dort zu erholen, von der Schweizer Polizei an der Grenze festgenommen und nach drei Tagen Haft (!) nach Deutschland abgeschoben.

Neues Ultimatum an Deutschland.

Die Entente besteht auf der Verfassungsänderung.

Berlin, 8. September. Laut Totalausgabe bezeichnet eine halbamtliche französische Pressenote die deutsche Antwortnote in Sachen der Anstufung als unannehmbar. Der Oberste Rat wird am heutigen Montag ein neues Ultimatum an Deutschland abfassen, worin auf der Verfassungsänderung bestanden wird.

Unabhängige Erklärung für die Einheitsrepublik.

Gegen die Machenschaften des Zentrums!

Die bürgerliche und rechtssozialistische Presse versucht in den letzten Tagen, der Öffentlichkeit gegenüber es so darzustellen, als ob die Unabhängige Sozialdemokratie in Mecklenburg und Westfalen die vom Zentrum inaugurierten Lösungsbestrebungen aktiv oder stillschweigend unterstütze und fördere. Demgegenüber erklären die unterzeichneten Bezirksleitungen nachdrücklich, daß die U. S. P. D. mit den Machenschaften des Zentrums nichts gemein hat, sie auf das entschiedenste zurückweist und mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft. Wenn einzelne Personen, die früher der U. S. P. angehört, diese Lösungsbestrebungen begünstigen, so muß die U. S. P. deren Politik ablehnen und kann als Partei nicht dafür verantwortlich gemacht werden. Jede zuwiderlaufende Behauptung müssen wir als politische Irreführung bezeichnen und auf das entschiedenste zurückweisen.

Die Bezirksleitungen der U. S. P. für den Niederrhein: Otto Braß, Rudolf Müller, Renscheid, für das wehl. Westfalen: Konrad Ludwig, Gustav Kollen-Hagen-W., für den Mittel- und Oberrhein: H. Kinnow, Friedr. Kinn.

Ebenso wie die Bezirksleitung der U. S. P. Mittelrhein, Köln verurteilt die Gängelung der U. S. P. Pfalz alle Bestrebungen, die auf eine Abtrennung der rheinischen Gebiete vom Reich abzielen. Sie tritt jeder derartigen Bewegung mit allen Mitteln entgegen. Parteimitglieder, die sich an irgendwelchen Sonderabenden beteiligen, werden unmissverständlich aus der Partei ausgeschlossen. So ist vor kurzer Zeit das Mitglied Kollmannsperger ausgeschlossen worden. Alle Meldungen, daß maßgebende Kreise der U. S. P. in der Pfalz an den Putzverhandlungen in Endowigshausen und anderswärts beteiligt seien, sind reine Lügen. Der Gesamtvorstand der U. S. P. Pfalz.

Mißglücktes Revolverattentat.

W. Stargard, 8. September. Gegen General v. Lettow-Forbeck wurde gestern hier auf der Straße ein Revolveranschlag abgefuehrt, doch blieb der General unverletzt. Der Täter wurde verhaftet, nach Feststellung seiner Personalmittel jedoch wieder entlassen.

Was ist dran wahr?

Berlin, 8. September. Wie der Vorwärts hört, haben sich bereits vierhunderttausend deutsche Arbeiter zum Wiederaufbau Nordfrankreichs gemeldet.

Zur Heimkehr der Gefangenen.

Als bisheriges Ergebnis der deutsch-englischen Konferenz über die Gefangenen-Heimkehr wird mitgeteilt, daß die englische Regierung mit eigenen Mitteln voraussichtlich bis auf weiteres 3000 Gefangene täglich in Köln übergeben wird und wöchentlich mit eigenen Schiffen 3000 Mann unter der Voransetzung des Einverständnisses der holländischen Regierung überführen will.

Schweres Eisenbahnunglück in Frankreich.

Genf, 8. September. Der Schnellzug Paris-Toulouise ist zwischen Mortsbean und Toulouise mit dem Schnellzug Gelle-Bordeaux zusammengestoßen. Nach den bisherigen Mitteilungen sind 20 Reisende getötet und mehr als 40 ernstlich verletzt worden.

Die Diktatur der Minderheit.

Von Hermann Liebmann.

In dem Artikel zur Reichskonferenz hat Genosse Curt Geyer am 6. September in der Leipziger Volkszeitung einige Fragen besprochen, die dringend der Klärung in der Partei bedürfen. Die Interessen der Partei erfordern, daß eine reichhaltige Aussprache über diese Fragen erfolgt. Genosse Geyer wirft zunächst die Frage der Diktatur des Proletariats auf. Dabei bekennt er sich mit erfreulicher Offenheit zur Diktatur der Minderheit des Proletariats. Das Bekenntnis, daß die Diktatur der Arbeiterklasse, das ist die Herrschaft der Arbeiterklasse, nur ausgeübt werden kann, durch die Mehrheit der Arbeiterklasse, nennt Geyer „sein Bekenntnis“ zur Diktatur.

Zur Begreifung seiner Auffassung sagt Genosse Geyer: „Revolutionen sind nicht durch große Mehrheiten, sondern immer durch entschlossene Minderheiten geführt worden.“ Und vorher heißt es: „Es ist ein absurder Gedanke, eine Revolution erst dann beginnen lassen zu wollen, wenn man sich überzeugt hat, daß die zahlenmäßige Mehrheit der Arbeiterklasse hinter ihr steht.“ Das klingt zunächst sehr überzeugend, aber es trägt nicht zur Klärung der Fragen bei, denn das Problem lautet nicht: Kann die Revolution, d. h. die Eroberung der Staatsmaschinerie von einer Minderheit durchgeführt werden, sondern: Wie können die Errungenschaften der Revolution von der Minderheit gehalten werden. D. h. mit anderen Worten: Wie kann nach der Eroberung der Staatsmaschinerie durch eine entschlossene Minderheit — was doch nur eine Aktion von verhältnismäßig kurzer Zeitdauer sein kann — die politische Macht in der Hand der Minderheit gehalten und für die Befreiung der Arbeiterklasse nutzbar gemacht werden.

Heute, wo das organisierte Gefüge des Klassenstaates durch die Novemberereignisse so völlig aus dem Reime gegangen und erst notdürftig wieder gestiftet ist, erscheint die Durchführung der Revolution von einer entschlossenen Minderheit unendlich viel leichter als sie früher erschienen ist. Immerhin darf man sich nicht darüber täuschen, daß eine Wiederholung der Novemberereignisse, d. h. ein so glatter Zusammenbruch, ohne Widerstand des Bürgerturns, kaum eintreten dürfte. Der bisherige Verlauf der Revolution hat bewiesen, daß das Bürgerturn gelernt hat, sich zusammenzuschließen und mit Hilfe der sozialistenfeindlichen Arbeiter sowie weiter Kreise der Intellektuellen usw. den Ansturm der revolutionären Arbeiterschaft Widerstand entgegenzusetzen, wie die Bürgerstreiks deutlich gezeigt haben. Der zu erwartende Widerstand des Bürgerturns darf aber selbstverständlich die Arbeiterklasse nicht abhalten, das zu tun, was sie für notwendig und richtig hält, aber die Arbeiterklasse darf diesen Widerstand auch nicht unterschätzen.

Nehmen wir aber an, daß eine entschlossene Minderheit die herrschende Revolution so durchgeführt hat, wie die erdrückende Mehrheit des Volkes in den Novembertagen. Was dann?

Wollte die Minderheit Wahlen zum Räteystem anschieben und damit eine Räteorganisation schaffen, auf die sich die Revolutionsregierung stützen kann? Diese Wahlen müßten selbstverständlich auf Grund des von der revolutionären Arbeiterschaft geforderten Betriebswahlsystems stattfinden, selbstverständlich wäre aber auch, daß alle Arbeiter, die gesellschaftlich notwendige und nützliche Arbeit leisten, das Wahlrecht erhalten müßten. Die so gewählten Arbeiterräte müßten dann eine Verfassung schaffen, die sich auf das reine Räteystem aufbaut. Wenn aber nun die Mehrheit der Arbeiter bei den Wahlen zum Räteystem keine Freunde der Diktatur der Minderheit wählt? Wenn es geht, wie es nach dem November 1918 gegangen ist, daß die Mehrheit der Arbeiter auf Grund des Betriebswahlsystems gewählten Arbeiterräte sich in der Mehrheit aus Anhängern der Mehrheitssozialisten und der bürgerlichen Kreise zusammensetzt? Was dann? Von einem Aufbau der Verfassung nach dem reinen Räteystem könnte dann doch keine Rede sein.

Die Vertreter der Diktatur der Minderheit können darauf nur antworten: Die Verfassung nach dem reinen Räteystem muß eben diktiert werden. Die Vertreter der Diktatur der Minderheit wissen aber auch, daß sie zur Durchführung der Herrschaft des Proletariats eine Räteorganisation brauchen, sie wissen ebenso, daß diese Organisation gewählt werden muß, und daß damit immer die Gefahr verbunden ist, daß die gewählten Arbeiterräte anders entscheiden als die Vertreter der Diktatur der Minderheit wollen.

Der innere Widerspruch, daß auch die Diktatur der Minderheit eine gewählte Räteorganisation braucht, d. h. daß die Minderheit den Willen der Mehrheit der Arbeiter anerkennen muß und daß sie